

Bundesregierung I

VL Parlament & Regierung

Überblick

Wiederholung/Einführung

Grundbegriffe

Methoden und Ansätze

Die Bundesregierung als Institution

Verfassungstext (Abschnitt VI, 62-69)

Verfassungswirklichkeit

„Kanzlerdemokratie“?

Regierung und Verwaltung

Das Kabinett und Bundeskanzleramt

Die Ministerien

Die Bundesverwaltung

Fazit



By Julian Herzog (Own work)
CC-BY-3.0
(<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>), via Wikimedia Commons

Was ist eine Regierung?

- ▶ Was ist Politik?
 - ▶ „Who gets what . . .“ (Lasswell)
 - ▶ „Autoritative Zuweisung von Werten . . .“ (Easton)

Was ist eine Regierung?

- ▶ Was ist Politik?
 - ▶ „Who gets what . . .“ (Lasswell)
 - ▶ „Autoritative Zuweisung von Werten . . .“ (Easton)
- ▶ Modern als Staat organisiert, Regierung als Spitze dieses Staates

Was ist eine Regierung?

- ▶ Was ist Politik?
 - ▶ „Who gets what . . .“ (Lasswell)
 - ▶ „Autoritative Zuweisung von Werten . . .“ (Easton)
- ▶ Modern als Staat organisiert, Regierung als Spitze dieses Staates
- ▶ Doppelfunktion
 - ▶ Spitze der Verwaltung
 - ▶ Politische Führung
- ▶ (Potentielle) Doppelstruktur
 - ▶ Staatsoberhaupt
 - ▶ Regierungschef(in)

Welche Grundentscheidungen trifft das GG?

- ▶ Schwächung Staatsoberhaupt, stabile und handlungsfähige Regierung
- ▶ Bindung von Parlament und Regierung an Verfassung
- ▶ Weiter Einschränkungen durch Föderalismus und Europäisierung

Welche Perspektiven gibt es?

1. „Große Männer“ (und Frauen): Historiker
2. Klassische Institutionenlehre: Verfassungs- und Verwaltungsjuristen/-wissenschaftler

Welche Perspektiven gibt es?

1. „Große Männer“ (und Frauen): Historiker
2. Klassische Institutionenlehre: Verfassungs- und Verwaltungsjuristen/-wissenschaftler
3. „Interaktionismus“ – „Akteurszentrierter Institutionalismus“:
Politikwissenschaftler (?)

Was bedeutet das konkret?

Was bedeutet das konkret?

Akteure

- ▶ Kollektiv oder individuell
- ▶ Nicht perfekt informiert
- ▶ Nicht notwendigerweise egoistisch/ökonomisch motiviert
- ▶ Handeln zielgerichtet und orientiert an Restriktionen/Anreizen
- ▶ Können (versuchen) Institutionen zu verändern

Was bedeutet das konkret?

Institutionen

- ▶ Systeme von Regeln, die Anreize/Kosten verursachen
- ▶ Formelle vs. informelle Institutionen
- ▶ Reduzieren Unsicherheit/Kosten
- ▶ Änderungen an Institutionen mit Kosten verbunden
- ▶ Können Präferenzen der Akteure beeinflussen

Formelle vs informelle Institutionen

- ▶ Formelle Institutionen sehr stabil (Verfassung)
- ▶ Informelle Institutionen (Küchenkabinette, Koalitionsausschüsse, Konventionen) als Ergänzung, manchmal als Ersatz

Welche Art von Zugriff ist das?

- ▶ Spielart des „Neuen Institutionalismus“
- ▶ Drei Logiken

Welche Art von Zugriff ist das?

- ▶ Spielart des „Neuen Institutionalismus“
- ▶ Drei Logiken
 1. Rational Choice: Logik der Ziel-Mittel-Relation (Kosten und Nutzen)
 2. Soziologisch: Logik der Angemessenheit (Normen und Werte)
 3. Historisch: Logik der Kontinuität (Pfadabhängigkeit)

Welche Art von Zugriff ist das?

- ▶ Spielart des „Neuen Institutionalismus“
- ▶ Drei Logiken
 1. Rational Choice: Logik der Ziel-Mittel-Relation (Kosten und Nutzen)
 2. Soziologisch: Logik der Angemessenheit (Normen und Werte)
 3. Historisch: Logik der Kontinuität (Pfadabhängigkeit)
- ▶ Keine klare Theorie, sondern Gruppe von (heterogenen) „Ansätzen“
- ▶ Oft idiosynkratisch / in Kombination mit anderen „Ansätzen“ benutzt

Wer gehört zur Bundesregierung?

Wer gehört zur Bundesregierung?

- ▶ Art. 62: „Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern“

Wer gehört zur Bundesregierung?

- ▶ Art. 62: „Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern“
- ▶ Beauftragte, Parlamentarische und beamtete Staatssekretäre etc. gehören rechtlich *nicht* zur Bundesregierung (Rechte und Pflichten)
- ▶ Bundesregierung \approx Kabinett; entspricht herausgehobener Stellung der „Kabinettsminister“ in anderen Ländern
- ▶ „Core executive“: Machtzentrum, nicht deckungsgleich

Wie kommt die Regierung ins Amt? (Artikel 63)

- ▶ Wahl auf Vorschlag des BP ohne Aussprache
- ▶ (In der Regel nach BT-Wahl)
 - ▶ Mehrheit der Mitglieder → gewählt, BP muß ernennen
 - ▶ Sonst weitere Wahlgänge innerhalb von 14 Tagen. Mehrheit der Mitglieder → BP muß ernennen
 - ▶ Letzter Wahlgang: Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält
 - ▶ Mehrheit der Mitglieder: BP muß ernennen
 - ▶ Sonst: BP entscheidet innerhalb von 7 Tagen über Ernennung/Neuwahl
- ▶ Art. 64: „Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.“

Nach welchen Prinzipien arbeitet die Bundesregierung (Art. 65)?

1. Kanzlerprinzip: „BK bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“
2. Ressortprinzip: „Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung“
3. Kabinettsprinzip: „Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung.“

Wie kann die Regierung gestürzt werden?

- ▶ Art. 69: „Das Amt des Bundeskanzlers oder eines Bundesministers endigt in jedem Falle mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages, das Amt eines Bundesministers auch mit jeder anderen Erledigung des Amtes des Bundeskanzlers“

Wie kann die Regierung gestürzt werden?

- ▶ Art. 69: „Das Amt des Bundeskanzlers oder eines Bundesministers endigt in jedem Falle mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages, das Amt eines Bundesministers auch mit jeder anderen Erledigung des Amtes des Bundeskanzlers“
- ▶ Abgrenzung von Weimar und existierenden Landesverfassungen (z.B. Rheinland-Pfalz)

Wie kann die Regierung gestürzt werden?

- ▶ Art. 69: „Das Amt des Bundeskanzlers oder eines Bundesministers endigt in jedem Falle mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages, das Amt eines Bundesministers auch mit jeder anderen Erledigung des Amtes des Bundeskanzlers“
- ▶ Abgrenzung von Weimar und existierenden Landesverfassungen (z.B. Rheinland-Pfalz)
 - ▶ Art. 67: „Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen *nur dadurch aussprechen*“
 - ▶ „daß er *mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt* und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen“
 - ▶ BP *muß* ernennen

Wie kann das Parlament aufgelöst werden? (Art. 68)

- ▶ Primär Instrument der Disziplinierung/Klärung

Wie kann das Parlament aufgelöst werden? (Art. 68)

- ▶ Primär Instrument der Disziplinierung/Klärung
- ▶ „Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“
 - ▶ so „*kann* der BP“ binnen 21 Tagen BT auflösen
 - ▶ „*auf Vorschlag des Bundeskanzlers*“

Wie kann das Parlament aufgelöst werden? (Art. 68)

- ▶ Primär Instrument der Disziplinierung/Klärung
- ▶ „Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“
 - ▶ so „*kann* der BP“ binnen 21 Tagen BT auflösen
 - ▶ „*auf Vorschlag des Bundeskanzlers*“
- ▶ Verknüpfung mit Sachfrage möglich (Artikel 81, englische Parlamentstradition)
- ▶ Recht zur Auflösung erlischt durch konstruktives Mißtrauensvotum

Kanzlerwahl in der Praxis

- ▶ Wahl von Parteien
- ▶ Konzentration des Parteiensystems
- ▶ Nominierung durch große Parteien seit 1961 gebräuchlich
- ▶ Bisher immer Wahl im ersten Durchgang
...
- ▶ ... weil BP Koalitionsverhandlungen abwartet



Bundesarchiv, Bild 173-1326 /
CC-BY-SA {CC-BY-SA-3.0-de
(<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)}, via Wikimedia Commons

Regierungsbildung in der Praxis



- ▶ GG macht *keine* Vorgaben, wann erster Wahlgang erfolgen muß (2013: 86 Tage)
- ▶ Verhandlung über Aufnahme von Koalitionsverhandlungen → Koalitionsverhandlungen → „Koalitionsvertrag“ (seit 1961) mit wachsendem Umfang
- ▶ Parallel dazu Verhandlungen über Zahl, Zuschnitt, Besetzung der Ministerien
- ▶ Einbindung der Parteien/Parteigremien

Regierungsbildung in der Praxis

DEUTSCHLANDS ZUKUNFT
GESTALTEN

KAZLEKONVERTRAG ZWISCHEN CDU/CSU UND SPD

- ▶ GG macht *keine* Vorgaben, wann erster Wahlgang erfolgen muß (2013: 86 Tage)
 - ▶ Verhandlung über Aufnahme von Koalitionsverhandlungen → Koalitionsverhandlungen → „Koalitionsvertrag“ (seit 1961) mit wachsendem Umfang
 - ▶ Parallel dazu Verhandlungen über Zahl, Zuschnitt, Besetzung der Ministerien
 - ▶ Einbindung der Parteien/Parteigremien
- ▶ Kritischste Phase der Legislaturperiode
- ▶ Außerparlamentarisch und durch Verfassung nicht normiert
 - ▶ Trotzdem institutionalisiert

I n h a l t :

Nachruf auf Nelson Mandela	229 B	Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen	232 B
Tagesordnungspunkt 1:		Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales	232 B
Wahl der Bundeskanzlerin	229 C	Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft	232 C
Präsident Dr. Norbert Lammert	230 B	Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung	232 C
Ergebnis	230 B	Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	232 C
Dr. Angela Merkel (CDU/CSU)	230 C	Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit	232 D
Tagesordnungspunkt 2:		Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur	232 D
Eidesleistung der Bundeskanzlerin	230 D	Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	232 D
Präsident Dr. Norbert Lammert	230 D	Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung	233 A
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	231 A	Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	233 A
Tagesordnungspunkt 3:			
Bekanntgabe der Bildung der Bundesregierung	231 B		

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie mit Blick auf die weiteren Plenarsitzungen dieser Woche darüber informieren, dass wir morgen um 9 Uhr mit einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 19. und 20. Dezember 2013, also noch in dieser Woche, beginnen. Am Donnerstag beginnt das Plenum um 10 Uhr. An diesem Tag werden wir neben der Wahl der oder des Beauftragten für Datenschutz verschiedene Vorlagen aus dem Hause, darunter auch Gesetzesinitiativen, behandeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Tagen hat die ganze Welt Abschied genommen von **Nelson Mandela**. Wir verdanken ihm viel. Sein Vorbild im Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung, aber auch sein bewundenswerter Beitrag zur friedlichen Entwicklung seines Landes waren eine historische Demonstration dafür, welche Entwicklung Befreiungs- und Demokratisierungsprozesse nehmen können, wenn sie von Persönlichkeiten von seiner Kraft, seiner Ausstrahlung, aber auch seiner Versöhnungsbereitschaft geprägt werden.

Nelson Mandela gehörte zu den wenigen ausländischen Staatsgästen, die vor dem Deutschen Bundestag gesprochen haben. Seine Rede und seine persönliche Ausstrahlung haben alle, die im Mai 1996 dabei waren, tief beeindruckt. Das universelle menschliche Ideal, hat Nelson Mandela damals in Bonn im Plenarsaal des Bundestages gesagt, sei

ein Ideal, das in einem Ausblick in Reichweite

Wir kommen nun zu unserem Tagesordnungspunkt 1:

Wahl der Bundeskanzlerin

Der Herr Bundespräsident hat mir hierzu mitgeteilt:

Gemäß Artikel 63 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland schlage ich dem Deutschen Bundestag vor, Frau Dr. Angela Merkel zur Bundeskanzlerin zu wählen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

– Der demonstrative Beifall ersetzt die Wahl nicht.

(Heiterkeit)

Deswegen darf ich Ihnen für den anschließenden Wahlgang noch einige Hinweise geben. Zur Wahl sind die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, das heißt mindestens 316 Stimmen, erforderlich. Nach unserer Geschäftsordnung wird die Bundeskanzlerin mit verdeckten Stimmkarten, also geheim, gewählt. Sie benötigen für diese Wahl Ihren Wahlausweis aus Ihrem Stimmkartenfach in der Lobby. Bitte kontrollieren Sie, ob der Wahlausweis Ihren Namen trägt. Die Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den Schriftführerinnen und Schriftführern an den Ausgabebischen hier oben links und rechts neben den Wahlkabinen. Ich bitte Sie, von Ihren Plätzen aus über die seitlichen Zugänge und nicht durch den Mittelgang zu den Ausgabebischen zu gehen. Wir haben das alles mehrfach durchgeprobt; es geht so

Präsident Dr. Norbert Lammert

-) Gegebenenfalls kann die Stimmabgabe vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Gültig sind nur Stimmkarten mit einem Kreuz bei „ja“, „nein“ oder „enthalte mich“.

Bevor Sie die Stimmkarte in eine der Wahlurnen werfen, übergeben Sie bitte Ihren Wahlausweis einer der Schriftführerinnen oder einem der Schriftführer an der Wahlurne. Der Nachweis der Teilnahme an der Wahl kann nur durch die Abgabe eines Wahlausweises erbracht werden.

Ich bitte jetzt die eingeteilten Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Die beiden Schriftführer neben mir werden nun Ihre Namen in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf zu verfolgen und sich nach dem Aufruf Ihres Namens zur Entgegennahme der Stimmkarte zu den Ausgabestischen vor den Wahlkabinen zu begeben.

Ich habe den Eindruck, dass die Plätze mit den Schriftführerinnen und Schriftführern besetzt sind. – Es fehlt hier vorne noch eine Schriftführerin von den Grünen. – Jetzt sind sie komplett.

Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf und Wahl)

-) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Namensaufruf ist beendet. Ich würde mich gerne vergewissern, ob alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben haben. – Ich frage noch einmal, ob jemand seine Stimme noch nicht abgegeben hat. – Ich schließe hiermit den Wahlgang.

Gemäß Art. 63 Abs. 2 des Grundgesetzes ist zur Bundeskanzlerin gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Ich stelle fest, dass Frau Dr. Angela Merkel mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Bundestages zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist. Auch wenn ich aus der Entgegennahme des Blumengebindes den begründeten Eindruck gewonnen habe, dass Sie sich ernsthaft mit dem Gedanken tragen, die Wahl anzunehmen, (C)

(Heiterkeit)

frage ich Sie der guten Ordnung halber: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD erheben sich – Abgeordnete aller Fraktionen beglückwünschen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel – Abg. Thomas Oppermann [SPD] überreicht ihr einen Blumenstrauß)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Bundeskanzlerin, ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren. Auch persönlich wünsche ich Ihnen Kraft, Erfolg und Gottes Segen für diese große Aufgabe. (D)

Konstruktives Mißtrauensvotum in der Praxis

Barzel gegen Brandt, 27. April 1972

- ▶ Übertritte aus FDP in CDU/CSU wg Ostpolitik
- ▶ Mehrheit für Barzel kam trotzdem nicht zustande - MfS + Wienand

Konstruktives Mißtrauensvotum in der Praxis

- (B) hier die Parteien um die Macht kämpften, wo es doch eigentlich um den Frieden gehe. Meine Damen und Herren, nicht diesen Bürgern, wohl aber der Bundesregierung gilt der Vorwurf, daß sie es zu einem solchen Verlust von Wirklichkeitssinn hat kommen lassen, ja ihn selber herbeigeführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Nicht Sie, Herr Bundeskanzler, und auch nicht der Fraktionsvorsitzende der SPD heute, aber Ihre Partei, Ihre Wahlkampfleitung, Ihre Freunde haben in den letzten Monaten, Wochen und noch Stunden den Eindruck verbreitet, es ginge hier darum, den Frieden mit der einen Hälfte des Hauses gegen die andere Hälfte des Hauses zu erkämpfen. Sie haben damit den, wie wir alle wissen, unendlich schwierigen und nüchternsten Anstrengungen erfordernden Friedensbemühungen ohne Not ein neues Hindernis in den Weg gestellt. Denn wäre es wahr, daß der Wille zur Aussöhnung und die Sehnsucht nach einem sicheren Frieden nur mit der knappsten Mehrheit hier im Hause erkämpft werden könnte, dann wäre ja eine Aussöhnung ebensowenig möglich wie ein gesicherter deutscher Beitrag zur Normalisierung über die Blockgrenzen hinweg. Und das weiß man in der Sowjetunion und in Polen sehr genau.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

In Wahrheit ist es so, wie jedermann weiß: Im Ost-West-Verhältnis bemühen sich die Bündnisse darum, den Frieden militärisch, politisch und wirtschaftlich sicherer zu machen. Jeder hat seine eigenen Interessen dabei, sich an diesen Bemühungen zu beteiligen, und es gibt auch gemeinsame Interessen daran.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(D)

Präsident von Hassel: Das Wort hat Herr Bundesminister Genscher.

Genscher, Bundesminister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist nicht die Stunde für eine lange Erwiderung, aber hier ist der Ort, Herrn Kollegen von Weizsäcker, der den Zusammenhang zwischen den Vertragswerken mit der Sowjetunion und Polen und der Berlin-Vereinbarung der vier Großmächte geäußert hat, die Frage zu stellen, warum, wenn dieser Zusammenhang nicht besteht, Sie nicht in der Lage waren, in den vergangenen 20 Jahren, in denen Sie die Verantwortung getragen haben, eine solche Berlin-Vereinbarung herbeizuführen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es ist der Ort, hier festzustellen, daß in der Deutschlandpolitik der Vergangenheit die Zeit nicht für, sondern gegen uns gearbeitet hat.

Herr Kollege von Weizsäcker, Sie haben hier von einer gesicherten Mehrheit gesprochen. Sie müssen es besser wissen. Ich sage Ihnen, daß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland seiner ganzen Anlage nach darauf abgestellt ist, einen Regierungswechsel nur dann zu ermöglichen, wenn tatsächlich die Ablösung einer Regierung auf Grund einer gesicherten Mehrheit möglich ist.

Gestern abend hat der Vorsitzende der CSU, Herr Franz Josef Strauß, in einem Fernsehinterview auf

Konstruktives Mißtrauensvotum in der Praxis

10714 Deutscher Bundestag -- 6. Wahlperiode --- 183. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 27. April 1972

Bundesminister Genscher

- (A) die Frage, wie es denn mit dieser Mehrheit aussehe, erklärt:

Was kann denn Herrn Barzel schon passieren? Entweder das konstruktive Mißtrauensvotum geht durch, dann ist er Kanzler und muß sehen, wie er dann zurechtkommt; oder es geht mit wenigen Stimmen nicht durch, dann ist es doch für einen Oppositionsführer keine Schande.

Meine Damen und Herren, Herrn Dr. Barzel kann nichts passieren. Ich frage mich allerdings, wie dieses Land mit einer **neuen Regierung** zurechtkäme, die über **keine gesicherte Mehrheit** verfügt.

(Lobhafter Beifall bei den Regierungsparteien. — Widerspruch bei der CDU/CSU.)

Präsident von Hassel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Wahl. Die Fraktion der CDU/CSU schlägt in ihrem Antrag — Drucksache VI/3380 —, der Ihnen vorliegt, vor, als Nachfolger des Bundeskanzlers Willy Brandt den Abgeordneten Dr. Rainer Barzel zum Bundeskanzler zu wählen.

Nach § 98 unserer Geschäftsordnung ist ein Nach-

karten mit anderen Namen oder Zusätzen. Auch die Verwendung anderer als der amtlichen Stimmkarten macht die Stimme unweigerlich ungültig. (C)

Gehen Sie bitte zur Wahlurne und werfen dort nach der Nennung Ihres Namens die Stimmkarte ein. Die Kennzeichnung Ihres Namens in der Namensliste durch den neben der Urne sitzenden Schriftführer gilt als Nachweis für die Beteiligung an der Wahl.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, die den Dienst an den Wahlurnen und an den Wahlzellen übernommen haben, ihre Plätze dort einzunehmen.

Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Auf Ihren Plätzen, meine Damen und Herren, liegt eine Namensliste. Ich darf Sie bitten, an Hand dieser Liste die Abstimmung zu verfolgen und sich an die Urne zu bemühen, sobald Sie an der Reihe sind.

(Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob alle Mitglieder des Hauses Gelegenheit hatten, ihr Wahlrecht auszuüben. — Das ist offenbar der Fall. — Haben die Schriftführer alle gewählt? — Das ist der Fall.

Konstruktives Mißtrauensvotum in der Praxis

(B) man — „auf sich vereinigt.“

Zum **Wahlverfahren** muß ich jetzt einiges erläutern. § 54 a unserer Geschäftsordnung bestimmt ergänzend, daß die Stimmkarten erst vor Betreten der Wahlzelle ausgehändigt werden dürfen. Die aufgestellten Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Die Stimmkarten sind dann in einen Wahlumschlag zu stecken und in die Wahlurne zu legen. Die Berliner Abgeordneten werden gebeten, ihre Stimmkarte in die für sie vorgesehene kleinere Wahlurne zu werfen.

Meine Damen und Herren, Sie erhalten die Stimmkarten an den zu meiner Rechten und Linken vor den Wahlkabinen stehenden Tischen. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß nur der im Antrag Drucksache W/3380 vorgeschlagene Kandidat zur Wahl steht. Falls Sie den vorgeschlagenen Kandidaten wählen wollen, schreiben Sie ja, im anderen Falle nein auf die Stimmkarte. Wer sich der Stimme enthalten will, kann dies durch eine unbeschriebene Karte zum Ausdruck bringen. Ich weise noch einmal darauf hin, daß die Kennzeichnung der Stimmkarten und das Einlegen in den Wahlumschlag außerhalb der Wahlzelle zur Zurückweisung des Abgeordneten führt. Er verliert dann allerdings nicht das Recht, seine Stimmabgabe vorschriftsmäßig zu wiederholen. Ich mache dabei darauf aufmerksam, daß zwei unserer behinderten Kollegen von § 53 der Bundeswahlordnung Gebrauch machen und als ihre Vertrauensperson andere Kollegen benannt haben. Nach ständiger Übung des Hauses sind auch Stimmkarten gültig, die statt „ja“ den Namen des vorgeschlagenen tragen. Ungültig sind dagegen Stimm-

(Unterbrechung der Sitzung von 12.59 bis 13.22 Uhr.) (D)

Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Zählung der Stimmen bekannt. Von den stimmberechtigten Abgeordneten wurden abgegeben 260 Stimmen, von den Berliner Abgeordneten 11 Stimmen. Von den 260 stimmberechtigten Abgeordneten haben für den Antrag — mit Ja — gestimmt 247, mit Nein 10 Abgeordnete; 3 Stimmen sind Enthaltungen. Von den Berliner Abgeordneten haben 10 Abgeordnete mit Ja und 1 Abgeordneter mit Nein gestimmt; keine Enthaltung.

Nach Art. 67 Abs. 1 des Grundgesetzes ist als Nachfolger des Bundeskanzlers gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Abgeordneten beträgt, wie Sie wissen, 249 Stimmen. Ich stelle fest, daß der von der Fraktion der CDU/CSU vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Barzel die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht erreicht hat.

(Stürmischer Beifall bei den Regierungspartnern. Die Abgeordneten der SPD und zahlreiche Abgeordnete der FDP erheben sich. — Abg. Dr. Barzel beglückwünscht Bundeskanzler Brandt und Bundesminister Scheel.)

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf der Drucksache W/3380 ist damit abgelehnt.

Konstruktives Mißtrauensvotum in der Praxis

Barzel gegen Brandt, 27. April 1972

- ▶ Übertritte aus FDP in CDU/CSU wg Ostpolitik
- ▶ Mehrheit für Barzel kam trotzdem nicht zustande - MfS + Wienand

Kohl gegen Schmidt, 1. Oktober 1982

- ▶ Konflikt zwischen FDP und SPD über Finanz- und Wirtschaftspolitik
- ▶ Konflikt zwischen Schmidt und SPD über Sicherheitspolitik
- ▶ Austritt der FDP-Minister aus dem Kabinett am 17. September
- ▶ Wahl Kohls mit 256 Stimmen (235 Neinstimmen, zwei Enthaltungen)

Parlamentsauflösung/Vertrauensfrage in der Praxis

- ▶ Erfolgreiche Vertrauensfragen:
 - ▶ Schmidt, Februar 1982
 - ▶ Schröder, November 2001, (Afghanistan-Mandat)
- ▶ „Unechte“ Vertrauensfrage
 - ▶ Brandt, September 1972 (nach gescheitertem Mißtrauensvotum)
 - ▶ Kohl, Dezember 1982 (nach *erfolgreichem* Mißtrauensvotum)
 - ▶ Schröder, Juli 2005 (nach verlorenen Landtagswahlen und internem Streit über Agenda)
- ▶ Linie des BVerfG:
 - ▶ „verdeckte Minderheitslage“
 - ▶ Ermessensspielräume für Kanzler und BP, Vertrauen in politische Institutionen

Wer wird/wurde Kanzler?

1. Konrad Adenauer 15.09.49 – 16.10.63
2. Ludwig Erhard 16.10.63 – 01.12.66
3. Kurt Georg Kiesinger 01.12.66 – 21.10.69
4. Willy Brandt 12.10.69 – 07.05.74 (geschäftsführend: Scheel)
5. Helmut Schmidt 16.05.74 – 01.10.82
6. Helmut Kohl 01.10.82 – 27.10.98
7. Gerhard Schröder 27.10.98 – 22.11.05
8. Angela Merkel 22.11.05 – ???

Was fällt auf?

- ▶ CDU: 5, SPD:3

Was fällt auf?

- ▶ CDU: 5, SPD:3
- ▶ CDU: 44+ Jahre, SPD: knapp 20 Jahre

Was fällt auf?

- ▶ CDU: 5, SPD:3
- ▶ CDU: 44+ Jahre, SPD: knapp 20 Jahre
- ▶ Position unmittelbar vor Wahl zum BK
 - ▶ Oppositionsführer im Bundestag: Kohl, Merkel
 - ▶ Ministerpräsident: Kiesinger, Schröder (+ zahlreiche SPD Kandidaten: (Vogel), Rau, Lafontaine, Engholm, Scharping)
 - ▶ Kabinettsmitglied: Erhard, Brandt, Schmidt

Was fällt auf?

- ▶ CDU: 5, SPD:3
- ▶ CDU: 44+ Jahre, SPD: knapp 20 Jahre
- ▶ Position unmittelbar vor Wahl zum BK
 - ▶ Oppositionsführer im Bundestag: Kohl, Merkel
 - ▶ Ministerpräsident: Kiesinger, Schröder (+ zahlreiche SPD Kandidaten: (Vogel), Rau, Lafontaine, Engholm, Scharping)
 - ▶ Kabinettsmitglied: Erhard, Brandt, Schmidt
- ▶ Anders als in UK kaum Dualismus
Regierungschef/Oppositionsführer, Rolle der Länder

Was gehört zum Kanzlerprinzip?

- ▶ „Richtlinienkompetenz“
- ▶ Wahl durch BT, Vertrauensfrage
- ▶ Personalhoheit
- ▶ Organisationsgewalt
- ▶ Bundeskanzleramt



Bundesarchiv, B 145 Bild-F078072-0004
/ Katherine Young / CC-BY-SA
[CC-BY-SA-3.0-de
(<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)], via Wikimedia Commons

Was bedeutet „Kanzlerdemokratie“?

- ▶ Zunächst journalistischer Begriff, orientiert an Adenauer
- ▶ (Etwas) präziser: Dominanz der Exekutive, insbesondere des Regierungschefs
- ▶ Systematisiert von Karlheinz Nicklauß
 1. Durchsetzung des Kanzlerprinzips in der Praxis
 2. Persönliches Prestige und privilegierter Zugang zu Medien
 3. Vorsitz der größten Regierungspartei
 4. Dualismus Regierung/Opposition
 5. Engagement in der Außenpolitik

Ist Deutschland eine „Kanzlerdemokratie“?

- ▶ Mehrheitsmeinung: „Phasen der Kanzlerdemokratie“, vor allem Adenauers frühe Jahre
- ▶ Ansonsten: Scheitern als Chance
 - ▶ Koalitionspartner: Adenauer, Kiesinger, Schmidt, Merkel (?)
 - ▶ Fraktion/Partei: Erhard, Schmidt, Schröder
- ▶ Möglichkeiten *aller* Kanzler durch Medien, Opposition, Öffentlichkeit, äußere Umstände begrenzt
- ▶ Fixation auf den Kanzler nicht zielführend

Welche Rolle spielt das Kabinett?

- ▶ Kollektive Kompetenzen durch GG (Beschlüsse) + Geschäftsordnung
- ▶ Koordination zwischen Ministern, Kabinettsausschüsse
- ▶ Ergänzt/unterminiert/ersetzt durch
 - ▶ Koalitionsrunden
 - ▶ inter-ministerielle Runden
 - ▶ ...
- ▶ Minister/Ministerien unterschiedlich mächtig
- ▶ Bedeutung Kabinett hängt ab von Zusammensetzung und Position/Ressourcen des Kanzlers

Was macht das Bundeskanzleramt?

- ▶ Geleitet von Staatssekretär oder „Bundesminister für besondere Aufgaben“
- ▶ Doppelfunktion
 - ▶ Koordination der Aktivitäten des Kabinetts
 - ▶ Machtressource des BK
- ▶ Stetiges Wachstum seit 1949, momentan sechs Abteilungen mit Spiegelprinzip

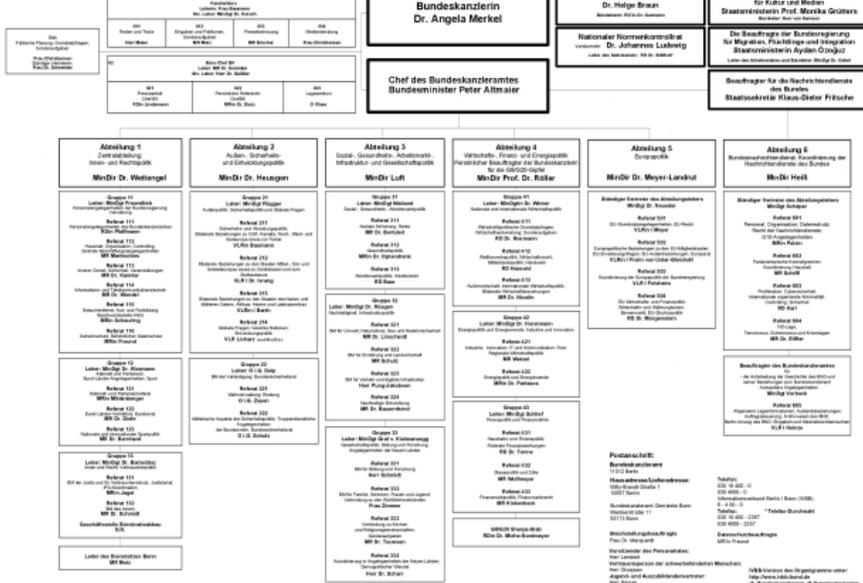


Photo credit: Werner Kunz / Foter / CC BY-NC-SA

Wie ist das Bundeskanzleramt aufgebaut?

Organisationsplan des Bundeskanzleramtes

Stand: 1. Februar 2014



Quelle: http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2010/

2010-12-15-organigramm-bkamt.pdf?__blob=publicationFile&v=10

Wer wird Minister?

- ▶ (Bis vor kurzem) sehr viel mehr Männer als Frauen
- ▶ Meist Politiker/Abgeordnete (aber: Schröder), manchmal Parlamentarische Staatssekretäre
- ▶ Häufig Fachpolitiker, die relativ lange im Amt bleiben (vs Großbritannien)
- ▶ Ministerien: Politik- oder verwaltungsgesteuert?

Welche Rolle spielen Parlamentarische Staatssekretäre?

- ▶ Konzept 1967 aus Großbritannien importiert (Patronage)
- ▶ Derzeit 33 (CDU/FDP: 30, SPD/Grüne: 28)
- ▶ Bezeichnung irreführend, da keine Staatssekretäre
 - ▶ Keine eigener Unterbau im Ministerium
 - ▶ Primäre Vertretung des Ministers im Parlament, oft spezialisiert auf ein großes Gebiet
- ▶ Seit Schröder: Einrahmung des Koalitionspartners

Wer sind die politischen Beamten?

- ▶ Ab Besoldungsgruppe B3/A16
- ▶ In der Praxis höhere Chargen (Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, Botschafter, Behördenleiter, Generale ...)
- ▶ Jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzbar
- ▶ Relativ kleine Zahl: etwa 0,5 Prozent der Bundesbeamten (700 Positionen?)
- ▶ Relativ selten genutztes Instrument: 100 Fälle von 1998-2005, 27 Fälle in 2005

Welche Ministerien gibt es?

- ▶ Fünf Klassiker: (Außen und Verteidigung), Inneres, Justiz, Finanzen
- ▶ Spezielle Interessen: Agrar ...
- ▶ „Neue“ Politikfelder: Umwelt
- ▶ Jenseits der Verfassungsvorgaben in Organisationsgewalt BK
- ▶ Große Unterschiede in Prestige, Größe, Ressourcen ...
- ▶ Derzeit BK + 15 Ministerinnen/Minister: Wirtschaft+Energie, Außen, Innen, Justiz, Finanzen, Arbeit+Soziales, Agrar, Verteidigung, Familie/Senioren/Frauen/Jugend, Gesundheit, Verkehr/Infrastruktur, Umwelt, Bildung/Forschung, Zusammenarbeit/Entwicklung, Kanzleramt

Was tun die Ministerien?

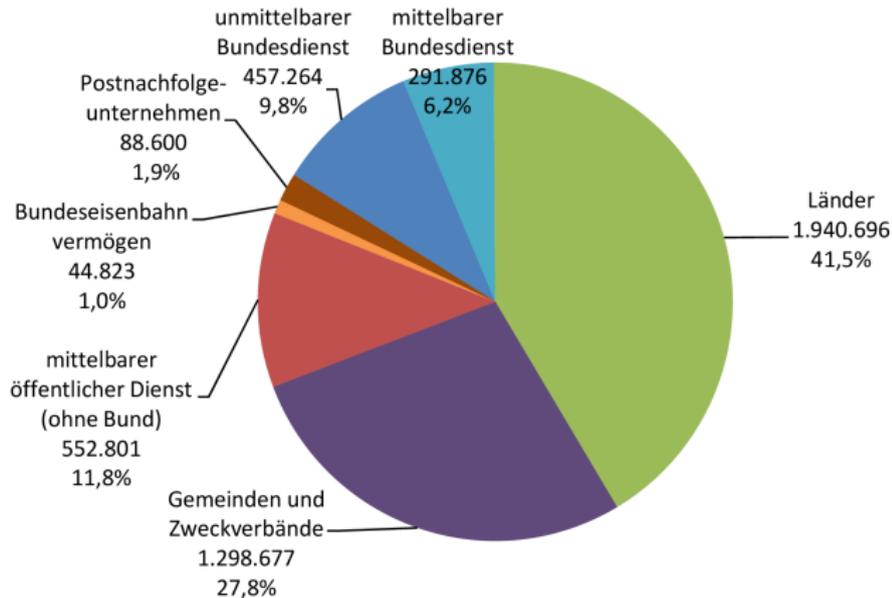
- ▶ Verwaltungsvollzug: fast immer durch die Länder
 - ▶ i. d. R. als *eigene Angelegenheit* (nur Rechtsaufsicht durch den Bund) oder
 - ▶ Im *Auftrag des Bundes*: BAB, Bundesstraßen, Bundeswasserstraßen, Atomenergie ... (auch Fachaufsicht)
- ▶ Doppelfunktion der Regierung (fast) reduziert auf Steuerung
 - ▶ Vorbereitung der Gesetzgebung
 - ▶ Rechtsaufsicht
- ▶ Praktisch kein eigener Verwaltungsunterbau



Bundesministerium des Innern (Berlin) by Manfred Brückels (Own work) [CC-BY-SA-3.0] (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>), via Wikimedia Commons

Wie verteilt sich das Personal im Öffentlichen Dienst?

Übersicht A.2: Verteilung der Beschäftigten nach Beschäftigungsbereichen
(Stand: 30.06.2010)



Welchen Verwaltungsunterbau hat der Bund?

- ▶ Oberste Bundesbehörden: Bundesministerien, Bundesrechnungshof
 - ▶ Bundesoberbehörden: BKA, BGA, UBA, Bundeskartellamt . . .
 - ▶ Kompletter Unterbau: Auswärtiges Amt, Bundeswehr, Wasser/Schifffahrt, Bundespolizei
- ▶ Neue Mittel- und Unterbehörden nur bei Zuständigkeit des Bundes und mit Zustimmung des Bundesrats

Was sind die wichtigsten Ergebnisse für heute?

- ▶ Regierung: Verwaltung und *Steuerung*
- ▶ Administrativ und politisch
- ▶ Core executive: BK + Minister + Leitungsstrukturen
 - ▶ Nebeneinander von formellen und informellen Institutionen
 - ▶ Ausprägung hängt von politischer Situation ab
 - ▶ BK hat herausgehobene Rolle, aber oft eingeschränkten Spielraum

Worum geht es nächste Woche?

- ▶ Politikfelder
- ▶ Beispiele
- ▶ Probleme

?